



Frieden, Freiheit und Menschenwürde

„Wer darf sich anmaßen, über andere Leben zu urteilen? Vereinigung funktioniert nur mit dem Rucksack des bisher gelebten Lebens, mit allen Widersprüchen und Irrtümern. Die eigene Identität ist nicht unbedingt das, was andere dafür halten.“

(Chansonnière und Liedermacherin Barbara Thalheim im Gespräch mit Karlen Vesper vom 02.10.2020 im nd)

Die durch die Pandemie eingeschränkten Feierlichkeiten zu 30 Jahren deutsche Einheit habe ich für mich innerlich begrüßt. Gefeierte Jahrestage betrachte ich heute sowohl hinsichtlich der DDR, aber erst recht in der Gegenwart kritisch. Warme Worte und manchmal auch Bemerkungen zu gebrochenen Biografien, keine gleichen Löhne und Renten, Westdeutsche in Führungspositionen (Eliten rekrutieren sich aus Eliten) usw., das wars.

Viele in der DDR aufgewachsene und sozialisierte Menschen hatten und haben, wie auch ich, Ideale, Zukunftsvisionen über eine sozial gerechte, friedliche Gesellschaft verbunden mit Empathie und Einsatzbereitschaft für die Gemeinschaft.

Die Gründer der DDR – Kommunisten, Sozialisten, Christen, bürgerliche Demokraten - bildeten auf den Trümmern, die der Faschismus hinterlassen hatte, die „Nationale Front“ antifaschistischer Parteien und Persönlichkeiten, aus der eine deutsche demokratische Republik entstehen sollte.

Allerdings hatte sich bei der Gründung der DDR 1949 die Weltlage gegenüber dem 8. Mai 1945 entscheidend verändert. Dennoch bestand Einigkeit darüber, Antifaschismus hatte die wirtschaftliche Basis von Faschismus zu beseitigen und eine Demokratisierung der Wirtschaft einzuleiten. Wie weit die gehen sollte, darüber gab es innerhalb der DDR-Parteien Differenzen, und die SED traf in diesem Zusammenhang verhängnisvolle Entscheidungen.

Aus dem Inhalt:

Frieden, Freiheit und Menschenwürde	S.1
Pogromgedenken 2020 Schwedt	S.2
Bedingungsloses Grundeinkommen	S.3
Kommunales	S.4
LINKE im Landtag, Frauenpolitik	S.5
Die LINKE im Bundestag	S.6
Kümmert euch um Geschichte	S.7
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8

Die 60er Jahre waren wohl die Erfolgreichsten der DDR gewesen. Soziale Sicherheit wurde selbstverständlich, wirtschaftliche Unabhängigkeit oder sogar bescheidener Wohlstand der Berufstätigen. Frauen wurden faktisch erstmals wirtschaftlich unabhängig.

Die Gründe für die nachfolgende Erosion bis 1989 sind vielfältig. Die Ausgangsbedingungen nach dem Krieg und die weiteren Entwicklungsbedingungen waren doch wohl zu unterschiedlich. Das für viele DDR-Bürger der Westen eine große Verlockung darstellte, liegt wohl in der Natur der Menschen.

Auferstanden aus Ruinen und untergegangen durch den Anschluss. Vor 30 Jahren „trat“ die DDR der BRD bei. Viele DDR-Bürger hatten die Illusion im nunmehr vereinten Deutschland ein friedliches, freies, gleichberechtigtes und wohlhabendes Leben führen zu können. Diese Illusion hat sich für die meisten Bürger nicht erfüllt. Die deutsche Einheit hat nicht Jedermann „blühende Landschaften“ erleben lassen. Enttäuschungen spalteten und spalten die Gesellschaft.

Persönlich denke ich, dass meine Generation die Erfahrung zweier Gesellschaftssysteme positiv weitergeben sollte. Demokratie muss nur Mittel zum Ziel und Zweck sein, dem Menschen ein Leben in Würde und frei von existenzieller Not zu ermöglichen.

Der Dokumentarfilmer Winfried Junge („Die Kinder von Golzow“) veränderte die erste Zeile der „Kinderhymne“ aus dem 1950 von Brecht/Eisler:

„An Mut sparet nicht noch Mühe.
Leidenschaft nicht noch Verstand.
Das ein gutes Deutschland blühe,
wie ein andres gutes Land.“

Monika Gohl

Auferstanden aus den Dogmen und dem Leben zugewandt

Unsere Not war die des Denkens
und die Not der Mauern auch.
War die Not der stets Gelenkten,
leeres Herz und voller Bauch.
Wenn wir brüderlich uns einen
bleiben wir doch, wer wir sind.
Bleiben auf den eignen Beinen
Und das Herz schlägt weiter links.

Adaption der DDR-Nationalhymne, vorgetragen von Barbara Thalheim bis März 1990

nd, Freitag, 2. Oktober 2020

Pogromgedenken 2020 in Schwedt/Oder

Seit vielen Jahren gedenken Schwedter Bürger der jüdischen Opfer, die in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 und in der Folgezeit verfolgt, verhaftet, enteignet und ermordet wurden. In diesem Jahr wird das Pogromgedenken am Montag, den 9. November, coronabedingt etwas anders gestaltet.

.....

Ablauf des Pogromgedenkens

17:00 Uhr Andacht in der Evangelischen Kirche

17:30 Uhr Sammlung an der Weide/Kirchplatz für den Schweigemarsch: Vierradener Straße bis zur Katholischen Kirche, Harlanstraße entlang der Stadtmauer vorbei am Tor zur ehemaligen Synagoge, direkter Übergang über die Berliner Straße, Gartenstraße bis Juliiusurm, Bollwerk bis Oderstraße, Weg am Haus Polderblick

ca. 18:00 Uhr Gedenken mit Musik, Information und Ansprache

19:00 Uhr Premiere an den abs: Name: Sophie Scholl“ (Vorbereitung unter Tel.: 03332 538111 zu den üblichen Eintrittspreisen)

**Auszug aus der Pressemitteilung der
Arbeitsgruppe Pogromgedenken**

Bedingungsloses Grundeinkommen

Die Kreismitgliederversammlung am 19. September 2020 hatte zwei Inhalte:

1. ein Streitgespräch mit Pro und Kontra über das bedingungslose Grundeinkommen mit Sebastian Walter und Sven Kindervater (Moderation Jannis Scheel, BO Prenzlau)
2. die Wahl der Uckermarkvertreter für die Vertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste der LINKEN Brandenburg für die Bundestagswahl 2021 am 5. Dezember 2020 in Schönwalde-Glien.



Dazu eine Mitteilung aus der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen:

Mitgliederentscheid ist Thema auf dem Bundesparteitag in Erfurt.

Die Delegierten zum 7. Bundesparteitag unserer Partei befassen sich mit einem Antrag des Parteivorstandes zur Durchführung eines Mitgliederentscheides über die Aufnahme eines auf Grundlage unserer BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE ausgearbeiteten Grundeinkommenskonzeptes. Seit Gründung der Partei ist das Thema Grundeinkommen umstritten. Eine Urabstimmung aller Parteimitglieder soll Klarheit schaffen und die künftige Ausrichtung der politischen Programmatik bestimmen.

Die Mehrheit der Mitglieder und Sympathisant*innen unserer Partei ist längst von der Vision eines Grundeinkommens überzeugt. Befragungen und wissenschaftliche Auswertungen belegen diesen Umstand.

Dennoch ist der Meinungsbildungsprozess in unserer Partei nicht stringent (= zwingend) genug, damit diese Stimmung an der Parteibasis durch die entsprechenden Instanzen auch entsprechende Früchte trägt.

Hatten die Gegner*innen einer grundeinkommensbasierten Gesellschaft in der Vergangenheit einen wesentlich besseren Organisationsgrad und mehr Stimmgewicht so hat unsere Bundesarbeitsgemeinschaft geduldig im Hintergrund eines der wenigen bis ins Detail durchdachten und in ihrer Finanzierbarkeit geprüften Modells ausgearbeitet.

Dieses Modell hat genügend Parteimitglieder dazu bewegt, uns ihre Unterschrift zu geben, damit nicht länger nur Delegierte, sondern die Parteibasis als solche darüber befindet, ob ein Grundeinkommen Ziel der Programmatik unserer Partei werden soll. Der Parteivorstand hat diesen Umstand längst zur Kenntnis genommen und ihm in dem o. a. Antrag entsprechendes Gewicht verliehen. In einer mit uns besprochenen Übereinkunft soll der auf ein halbes Jahr festgelegte Willensbildungsprozess zum Mitgliederentscheid nach der voraussichtlich Ende Oktober 2021 stattfindenden Bundestagswahl beginnen.

Wir haben zusammen mit dem Parteivorstand diese Regelung getroffen, weil wir uns aller Wahrscheinlichkeit nach erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in einem von den Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie betroffenen Wahlkampf befinden werden. Da ein Mitgliederentscheid erhebliche Ressourcen beansprucht, war es Anliegen des Parteivorstandes, unseren Anspruch auf einen Mitgliederentscheid zu einem späteren Zeitpunkt umzusetzen. Die Delegierten zum 7. Bundesparteitag wären somit gut beraten, dem Antrag des Parteivorstandes in dieser Sache zu folgen. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Delegierten im kommenden Jahr neben dem Bundestagswahlkampf auch den Mitgliederentscheid durchzuführen wünschen.

Kommunales

Aus der 7. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Schwedt

Die Sitzung am 17. September 2020 verlief ziemlich unspektakulär, weil über die meisten Vorlagen bereits in den Ausschüssen diskutiert und weitgehende Einigung erzielt wurden. So konnte der Verwaltungsrat der Sparkasse für das Jahr 2019 entlastet, die Personalstruktur der Stadtverwaltung und einige Satzungen (Musik- und Kunstschule, Volkshochschule und Stadtbibliothek) den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Die Ortsteile stimmten den Straßenreinigungsgebühren zu und auch die Stadtverordneten der Stadt Schwedt. Kein Wunder, wenn es doch dank der milden Winter kaum Erhöhungen gibt. Es werden Straßen bzw. deren Beläge erneuert z.B. Straße am Sportplatz, Vierradener Chaussee (Autohaus Nissan bis Neuer Friedhof) und die Stadt kann mit unserer Zustimmung einen neuen LKW mit Wintertechnik kaufen. Das wurde dringend notwendig.

Diskussionen gab es natürlich über die Neuordnung im städtischen Parlament, die durch das Verlassen der beiden ehemaligen Mitglieder Herr Bornschein und Herr Bogs aus der SPD-Fraktion zu Stande kam. Die beiden gaben auf die Anfrage durch einen Schwedter Bürger keine Auskunft darüber, weshalb sie ihr Mandat nicht an die SPD-Fraktion zurückgegeben haben, wo sie doch nur durch die Stimmen der Partei in die SVV gewählt wurden. Sie haben sich der Fraktion BVB/Freie Wähler angeschlossen und damit das Wahlergebnis von 2019 verzerrt. Damit wurde auf Antrag dieser auf die doppelte Größe aufgeblähte Fraktion ein 2. Sitz im Hauptausschuss erreicht, der vorher der Fraktion DIE LINKE gehörte.

Abgelehnt wurde der Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler eine förmliche Bürgerbeteiligung zur Nutzung im Bereich Alter Markt einzuleiten. Da es nach dem geplatzten Verkauf an die bauwilligen „Hoteliers“ keine konkreten Vorstellungen gibt und der Zustand des Grundstückes nicht beanstandet wird, ist eine solche allgemeine Befragung zum jetzigen Zeitpunkt unnötig.

Die Stadtverordnetenversammlung fand im großen Saal der UBS Stadt. Dabei wurde auf den Mindestabstand geachtet. Die Sitzung war nach 2 Stunden beendet.

Spannender wird es dagegen in der zukünftig geplanten SVV am 9. Dezember 2020 (Mittwoch). Wir bereiten die Beratung des Haushaltes für das Jahr 2021 vor. Man darf gespannt sein, wie das Corona-Jahr sich auf die künftige Haushaltsführung auswirkt. Wie entwickeln sich die Steuereinnahmen und welchen Beitrag leisten Land und Bund tatsächlich, um die Kommunen zu unterstützen?

Außerdem bereitet sich die Stadt Schwedt/Oder auf die Aufnahme der neuen Ortsteile vor. Schöneberg wartet seit 3 Jahren, und andere Ortsteile aus dem Amt Oder-Welse ziehen nach. Die Stadtverwaltung hat damit aber schon gute Erfahrungen und genaue Vorstellungen. Die Vorgespräche laufen bereits, und die Verträge werden vorbereitet. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt diese Entwicklung.

Bärbel Ramm

Abschließender Hinweis:

Am 3. November 2020 ab 17 Uhr führt die Fraktion eine Sondersitzung mit dem Kämmerer der Stadt, Herrn Tonk, durch. Inhalt wird der Haushaltsentwurf für die Stadt Schwedt/Oder für das Jahr 2021 sein. Uns interessiert seit Jahren, wie die Zuschüsse für soziale Belange, z. B. für die Kinder- und Jugendarbeit, Sport, Schulen und KITAs, aussehen. Wer weitere Fragen oder Hinweise für den neuen Haushalt hat, kann gern die Fraktionssitzung besuchen. Die Fraktion bittet aber coronabedingt um vorherige Anmeldung unter 836150 oder 415810.

DIE LINKE im Landtag Zuschuss für Solo-Selbstständige kommt - endlich!

Laut Medien-Berichten plant das Bundeswirtschaftsministerium weitere Hilfen für Unternehmen, die besonders stark durch die Corona-Krise betroffen sind. Dabei geht es um Anpassungen der bestehenden Corona-Überbrückungshilfen, u. a. um den sogenannten „Unternehmer*innenlohn“.

Dazu erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Sebastian Walter:

Seit Monaten fordert DIE LINKE, die Überbrückungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen an den tatsächlichen Bedarf von insbesondere Solo-Selbstständigen anzupassen. Offenbar hat der Druck vieler Branchenverbände, Kulturschaffender und der LINKEN gewirkt. Denn die bisherigen Wirtschaftshilfen haben für viele Betroffene nicht funktioniert. Von den 25 Milliarden sind bislang nur 1,6 Milliarden beantragt und 1,1 Milliarden bewilligt worden. Grund: die Antragsbestimmungen gehen an der Arbeitsrealität von solosebstständigen Menschen vorbei.

Stattdessen haben Bundesregierung und Brandenburger Landesregierung permanent auf den „erleichterten Zugang zu Hartz IV“ verwiesen. Das war nicht nur bürokratisch, unpraktikabel und zynisch, sondern belastet das soziale Sicherungssystem zusätzlich, obwohl Milliarden ungenutzt zur Verfügung stehen.

Bereits im Mai 2020 hatte der Bundesrat Hilfen beschlossen, in der der „Unternehmer*innenlohn“ gefordert wurde, also die Möglichkeit, auch Lebenshaltungskosten mittels eines monatlichen Pauschbetrages, abzurechnen. Gut, dass diese Initiative nun offenbar erfolgreich ist. Ich hoffe, dass die Brandenburger Landesregierung jetzt schnell reagiert, denn vielen Solo-Selbstständigen steht das Wasser bis zum Hals.

Die jetzigen Anpassungen der wirtschaftlichen Überbrückungshilfen des Bundes erfüllen zudem eine der wichtigsten Forderungen unseres Positionspapiers „Solidarisch aus der Krise“ - unter www.sozialstart.de.

Sebastian Walter
15. Oktober 2020

Frauenpolitik

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Leser*innen,

Ein Geburtstag, der keine Feierstimmung aufkommen lässt, jährt sich: Der § 218 Strafgesetzbuch besteht in seiner aktuellen Fassung nun schon seit 25 Jahren. Das Verbot von Abtreibungen ist weitaus älter - das wird nächstes Jahr 150 Jahre alt. Nur im DDR-Recht gab es die sogenannte Fristenlösung als Recht, so dass Frauen wirklich selber bestimmen und entscheiden konnten, ob sie eine Schwangerschaft austragen oder beenden. Nach der "Einheit" wurde durch das Bundesverfassungsgericht das bis heute gültige Gesetz auf den Weg gebracht. Und - das wissen viele nicht, legt sogar eine Austragungspflicht fest. Das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche ist auch eine soziale Frage und die Versorgung wird immer weniger gewährleistet. Trotzdem bin ich zuversichtlich, dass wir bald Änderungen bewirken. Die Pro-choice-Bewegung (pro choice übersetzt: für die Wahlmöglichkeit) wird immer stärker, der Widerstand wächst und auch wir LINKE n bleiben dran.

Mein Oktober Newsletter beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit diesem Thema. Aber lest selbst (siehe LINKE Newsletter 39/2020).

Cornelia Möhring MdB
Frauenpolitische Sprecherin

DIE LINKE im Bundestag

Verantwortung für steigende Jugendarmut liegt bei der Bundesregierung

„Es ist ein Skandal, dass die Zahl armer Kinder und Jugendlicher immer weiter steigt, während es gleichzeitig immer mehr Vermögensmilliardäre gibt“, kommentiert Norbert Müller, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, die Zahlen des heute vorgestellten Monitors Jugendarmut in Deutschland 2020. Norbert Müller weiter: „Dass die Zahl armutsgefährdeter Kinder und Jugendlicher während der Corona-Krise - selbst nach einer Schätzung des Arbeitsministeriums - noch einmal deutlich steigen wird, ist leider wenig überraschend. Denn die Bundesregierung versagt beim Kampf gegen Kinder- und Jugendarmut schon seit Jahren und trägt die Verantwortung für die dargestellte Entwicklung. Der Monitor Jugendarmut zeigt deutlich, wie verheerend sich der Lockdown auf arme Jugendliche ausgewirkt hat. Der komplette Jugend- und Freizeitbereich wurde heruntergefahren. Gerade die offene Kinder- und Jugendarbeit ist aber ein wichtiger Baustein, um die Teilhabe von in Armut lebenden Jugendlichen zu fördern. Hier finden junge Menschen wichtige Ansprechpartner und Hilfestellungen. Bund, Länder und Kommunen müssen sicherstellen, dass die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe auch im Falle eines erneuten Lockdowns erhalten bleiben. Zudem müssen die Träger in den anstehenden Haushaltsverhandlungen finanziell deutlich besser ausgestattet werden, damit sie die zusätzlichen Belastungen durch Corona stemmen können.“

Um Kinder und Jugendliche nachhaltig vor Armut zu schützen, fordert DIE LINKE die Einführung einer Kindergrundsicherung und schlägt konkret vor, das Kindergeld auf 328 Euro zu erhöhen und alters- und elterneinkommensabhängig zusätzlich bis zu 302 Euro pro Kind auszuzahlen. So können wir sicherstellen, dass kein Kind mehr in Armut aufwachsen muss. Die Sozialverbände, die Gewerkschaften und die Opposition haben konkrete Vorschläge für die Einführung einer Kindergrundsicherung vorgelegt. Die Bundesregierung muss nun endlich handeln und diese auch umsetzen.“

Pressemitteilung von Norbert Müller, 08. Oktober 2020

Nachsatz der Redaktion: Norbert Müller, uns bekannt aus einer Mitgliederversammlung, wird wieder für den Bundestag kandidieren.

»CETA findet bereits Anwendung, das halten wir für verfassungswidrig«

Das Bundesverfassungsgericht prüft derzeit die Rolle des Bundestags beim Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada. Die Linksfraktion hatte 2016 Organklage gegen den Bundestag eingereicht. Das Urteil wird in einigen Monaten erwartet. Amira Mohamed Ali, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, war zusammen mit Andrej Hunko, stellvertretender Vorsitzender, beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Amira Mohamed Ali erklärt: „Dieses Freihandelsabkommen zwischen Kanada, der EU und ihren Mitgliedstaaten findet seit drei Jahren in Deutschland in großen Teilen bereits vorläufig Anwendung, ohne dass es darüber ein vom Parlament beschlossenes Gesetz gibt. Das halten wir für verfassungswidrig. Vom CETA sind erhebliche, negative Auswirkungen unter dem Deckmantel des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs zu erwarten. Es besteht das große Risiko, dass Sozial-, Arbeits-, Umwelt- und auch Verbraucherschutzstandards als 'Handelshemmnisse' verstanden und als solche so weit wie möglich beseitigt werden. Das wollen wir nicht zulassen! Gerade in diesen Zeiten braucht es starke Parlamente und eine funktionierende demokratische Kontrolle. Freihandelsabkommen wie CETA, die auch noch ohne gesetzliche Grundlage in Anwendung gebracht werden, zerstören das Ansehen von Politik und das Vertrauen in demokratische Strukturen. Dagegen kämpfen wir!“

Nachricht von Amira Mohamed Ali, 14. Oktober 2020

Kümmert euch um Geschichte

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Tobias Bank und ich bin im Kreisverband Havelland der Partei DIE LINKE in Brandenburg organisiert. Von Beruf bin ich Politik- und Verwaltungswissenschaftler sowie Historiker. Seit mehr als 20 Jahren sammel ich u. a. Auszeichnungen (Medaillen, Orden, Abzeichen, Pokale usw.) aus der DDR. In diesem Zusammenhang habe ich auch Objekte aus ehemaligen SED-Kreisleitungen und SED-Bezirksleitungen übernommen und bin für den Bundesvorstand unserer Partei einer der Ansprechpartner für die Historische Kommission und die Ständige Kulturpolitische Konferenz. Außerdem erfülle ich Aufgaben der Bundespartei beim Umgang mit Ehrengeschenken an das ZK der SED und habe schon Ausstellungen für das DDR Kunstarchiv in Beeskow und die Urania Potsdam sowie für Gregor Gysi gestaltet und kuratiert.

In den vergangenen Jahren habe ich Nachlässe von DDR-Ministerien, Politbüro- und ZK-Mitgliedern mit aufgelöst, beim Überführen in Archive und bei der Nachnutzung geholfen und bin als Historiker auch als Sachverständiger tätig. Mein Anliegen ist es, Teile der Geschichte der DDR aufzubewahren und damit auch einen Teil der Geschichte unserer Partei zu erhalten, damit unvoreingenommener und möglicherweise in der Zukunft vorbehaltloser mit der Geschichte der DDR umgegangen wird. Mit größtmöglichem organisatorischen und finanziellen Einsatz suche ich daher alles an Auszeichnungen aus der DDR, alles an Ehrengeschenken und Abzeichen, Fahnen und Wimpeln, Uhren und Weckern, Urkunden und Dokumenten, Bildern und Fotomaterialien. Dazu benötige ich deine Unterstützung. Einen Großteil der in meine Sammlung aufgenommenen Exponate stelle ich für und in Ausstellungen der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung. Ausgenommen sind natürlich Fotografien (ich habe eine sehr große Sammlung von Fotos, Brigadetagebüchern, Betriebs- und Organisationschroniken) und alle Dokumente, die unter die Datenschutzbestimmungen fallen oder mit einer Sperrfrist versehen sind. Aktuell arbeite ich an einem Ausstellungskatalog zur Geschichte der DDR, in dem besonders interessante Stücke vorgestellt werden. In den vergangenen Jahren bin ich auch publizistisch tätig gewesen. So habe ich zu Widerstandskämpfern geforscht, einen Artikel zur Kreispoliklinik „Dr. Georg Benjamin“ in Falkensee und eine Broschüre zum Kriegsgefangenenlager Dyrotz veröffentlicht.

Liebe Genossin, lieber Genosse,

ich würde mich freuen, wenn du prüfen könntest, ob du vielleicht noch Material aus der DDR zu Hause hast, welches aufgehoben werden sollte und welches du in meine Sammlung geben magst. Vor allem suche ich die o. g. Dinge. Du kannst damit aktiv einen Beitrag zum Erhalt deiner Ideale sowie zum Erhalt der Geschichte leisten. Bitte kümmere dich um deine Geschichte, damit nicht irgendwann etwas weggeworfen oder verramscht wird. Bei materiell wertvollen Dingen muss selbstverständlich auch Nichts umsonst abgegeben werden.

Meine langjährige Erfahrung ist, dass viele Genossinnen und Genossen sich darüber freuen und dankbar sind, wenn sich Jemand um dies Art der Erinnerungen bzw. diese Art von Gegenständen kümmert und damit ihr Erhalt und eine Würdigung sichergestellt sind. Bisher habe ich, manchmal über Jahre hinweg, ausschließlich positive Rückmeldungen dazu bekommen und aus vielen Kontakten sind Freundschaften entstanden.

Ich würde mich daher freuen, von dir zu hören und wenn du etwas findest, was du abgeben möchtest, dann komme ich gerne bei dir vorbei. Vielen Dank für deine Mühe und die Unterstützung meines Anliegens.

Mit solidarischen Grüßen

Tobias Bank
Mitglied im Bundesvorstand der Partei DIE LINKE

Wenn ihr diese Anfrage unterstützen wollt, meldet euch bitte telefonisch in der Geschäftsstelle.

Termine/Arbeitsplan Basisorganisation Schwedt, Stand: Oktober 2020

03.11.2020	Sonderfraktionssitzung mit Stadtkämmerer Thema: Haushaltsentwurf Schwedt 2021	17:00 Uhr Fraktionsraum
04.11.2020	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
09.11.2020	Pogromgedenken 2020 Schwedt	ab 17:00 Uhr (Ablauf s. Seite 2)
10.11.2020	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum
12.11.2020	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle
02.12.2020	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
03.12.2020	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle
08.12.2020	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum
09.12.2020	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs

Eine ausführliche Vorstellung unserer Kandidatin für die Bundestagswahl 2021, Isabell Czok-Alm, die am 10. Oktober 2020 in der Wahlkreisversammlung Uckermark-Barnim I gewählt wurde, erfolgt in der Ausgabe 06/2020 des KoppHoch.

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

23.10.2020	Kurt Büttner	zum 95. Geburtstag
24.10.2020	Christine Zibolsky	zum 85. Geburtstag
29.11.2020	Andreas Grote	zum 40. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

23.10.2020	Arno Damm	zum 84. Geburtstag
22.11.2020	Frank Nitzschke	zum 69. Geburtstag
23.11.2020	Ingrid Gernoth	zum 82. Geburtstag
01.12.2020	Ursula Taubert	zum 84. Geburtstag
11.12.2020	Marlies Wiegand	zum 88. Geburtstag



KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 06-2020: 04.12.2020

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE
Basisorganisation Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M.Gohl, I. Giel, T. Andres

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei
DIE LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208

Mo + Mi 10-12 Uhr, Do 15-17 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle:

Di 15-17 Uhr

Finanzen

Mo, 26.10.2020, 10 bis 12 Uhr

Mo, 02.11.2020, 10 bis 12 Uhr

Mo, 30.11.2020, 10 bis 12 Uhr

Mo, 07.12.2020, 10 bis 12 Uhr

Mo, 28.12.2020, 10 bis 12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE

Basisorganisation Schwedt/Oder
Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de